

Sport: Schlüsselbereich bürgerschaftlichen Engagements

I.

Manfred von Richthofen:

Der Sport – ein unverzichtbarer Partner in der Bürgergesellschaft

II.

Michael Barthel und Manfred Spangenberg:

Bürgergesellschaft und Sport

- Der Sport will und wird in der Zivilgesellschaft von morgen eine führende Rolle übernehmen. Der Deutsche Sportbund mit seinen 27 Millionen Mitgliedschaften bietet der Politik seine Partnerschaft bei der Entwicklung und Ausgestaltung einer aktiven Bürgergesellschaft an.
- Die Repräsentanten des Sports und seiner Vereine und Verbände sind nicht mehr nur Lobbyisten in eigener Sache. Sie werden zunehmend auch Verteidiger und Motor der aktiven Bürgergesellschaft.
- Der Sport ist aufgerufen, seiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden und das bürgerschaftliche Engagement im und durch Sport in dem jetzt eingeschlagenen Tempo weiterzuentwickeln. Er wird dadurch zu einem wichtigen und verlässlichen Partner auf dem Weg in eine künftige Bürgergesellschaft werden. Besser lässt sich die Gemeinnützigkeit des Sports und seine Gemeinwohlorientierung nicht untermauern.
- Die Kommunalpolitik wird sich für bürgerschaftliches Engagement öffnen müssen und neue Formen der Beteiligung und Mitwirkung entwickeln und anbieten müssen.
- Weder Agenda 2010 noch Gesundheitsreform lassen erkennen, dass man es mit dem aktivierenden Staat und mit der Bürgergesellschaft ernst meint. Die Politik muss sich fragen lassen, ob sie es wirklich ernst meint mit der Förderung der Bürgergesellschaft und mit dem Leitbild des aktivierenden Staates.
- Gesetzliche und administrative Rahmensetzungen sollten überprüft werden, ob sie freiwilliges bürgerschaftliches Engagement behindern oder befördern („Engagement-Verträglichkeits-Prüfung“). Die Haushaltspolitik von Bund, Ländern und Kommunen muss unter dem Leitbild der Bürgerkommune kritisch überprüft und umgesteuert werden.

I. Der Sport – ein unverzichtbarer Partner in der Bürgergesellschaft

von Manfred von Richthofen

Seit seinem Entstehen im neunzehnten Jahrhundert lebt der organisierte Sport in Deutschland vom freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement vieler Millionen Menschen in den Vereinen und Verbänden. Unter dem Dach des Deutschen Sportbundes organisieren und gestalten Bürgerinnen und Bürger ihren Sport selbst. So ist ein flächendeckendes und vielfältiges Sportangebot entstanden, das die Generationen und unterschiedliche soziale Gruppen zusammenführt. Neben dem gemeinsamen Sporttreiben entwickeln sich soziale Kontakte, erfahren Kinder und Jugendliche Förderung und werden gesellschaftlich wichtige Werte und Normen vermittelt. Die Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Mitarbeit war und ist für den DSB eine zentrale Aufgabe.

Deshalb haben wir die Arbeit der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ aus Überzeugung unterstützt.

Das Wirken der Kommission und die öffentliche Resonanz auf die Ergebnisse haben gezeigt, wie wichtig freiwilliges Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft ist. Es hat zweifellos auch ein positives Leitbild der aktiven Bürgergesellschaft sichtbar gemacht.

Die Arbeitsergebnisse der Kommission haben den organisierten Sport in seinen Leistungen bestärkt und ihn ermuntert, sein ehrenamtliches Wirken hin zu einem bürgerschaftlichen Engagement weiterzuentwickeln. Bestärkt fühlt sich

der Sport auch durch die Politik, die Bürgergesellschaft und aktivierenden Staat zu ihren wichtigen Zielen erklärte.

Der DSB hat auf seinem Zukunftskongress 2002 Weichen gestellt und anlässlich der Sitzung des Hauptausschusses im Dezember 2003 mit seinem Beschluss „Bürgerschaftliches Engagement im und durch Sport“ seine Ziele formuliert.

Die Bedeutung von gemeinwohlorientierten Organisationen wird in der Zivilgesellschaft von morgen und übermorgen zunehmen. Der Sport will und wird dabei eine führende Rolle übernehmen und die Veränderungsprozesse mit gestalten. Er versteht sich dabei als Verteidiger und als Motor der aktiven Bürgergesellschaft. Und er sucht und verstärkt die Zusammenarbeit und den Austausch mit anderen Gruppen, Institutionen und Organisationen, z.B. im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement.

Auch innerhalb der Sportorganisationen wird es zu einem umfassenden Veränderungsprozess kommen, der Sport wird sich sein soziales Wirken noch bewusster machen als bisher, seine Stärken entwickeln, aber auch seine Schwächen erkennen und angehen. Die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in ihrer körperlichen und sozialen Entwicklung, die Integration von Minderheiten in die Gesellschaft, die Förderung der Gesundheit der Menschen, die Stärkung von Familien, die Aktivierung älterer Menschen zum Beispiel sind Felder, auf denen der Sport sein Engagement in der Gesellschaft und für die Gesellschaft weiter verstärken wird.

Mit Sorge nehmen wir allerdings wahr, dass Teile der Politik sich vom Leitbild der aktiven Bürgergesellschaft schon wieder abzuwenden scheinen. Die eher zögerliche Umsetzung der Beschlüsse der Enquetekommission in Bund und Ländern ist hierfür ebenso ein Indiz wie z.B. die Tatsache, dass auch die Zuwendungen, die bürgerschaftliches Engagement in der Gesellschaft fördern, als Subventionen deklariert und deren Kürzungen gar als Reformvorhaben bezeichnet werden. **Dabei könnte gerade bei den anstehenden umfassenden Reformvorhaben das Leitbild einer Bürgergesellschaft Orientierung sein und die Akzeptanz fördern.**

Wir erwarten von der Politik, wenn sie bürgerschaftliches Engagement für wichtig erachtet, dass sie das Engagement fördernde Rahmenbedingungen schafft, dass sie ihre Anerkennung für das bürgerschaftliche Engagement deutlich sichtbar macht, auch durch materielle Förderung, und dass sie die gemeinwohlorientierten Organisationen und Gruppen als wichtige Partner betrachtet.

Für den organisierten Sport in Deutschland ist eine grundlegende Rahmenbedingung für sein Wirken eine gute sportliche Infrastruktur und die – möglichst unentgeltliche – Nutzung kommunaler Sportstätten. Die derzeitige Situation der kommunalen Finanzen gefährdet dies langfristig aber in hohem Maße.

Unter Wahrung seiner Autonomie und seiner parteipolitischen Neutralität wird der organisierte Sport politikfähiger werden. Er wird sich immer dann einmischen, wenn seine Ziele und Interessen betroffen und wenn seine Kompetenz gefragt ist. Er ist bereit, das Zusammenleben der Menschen in unserem Land mitzugestalten, in den kommunalen Gemeinschaften, in den Ländern und im Bund. **Der Deutsche Sportbund mit seinen Mitgliedsorganisationen und seinen über 90.000 Vereinen mit 27 Millionen Mitgliedschaften bietet der Politik seine Partnerschaft bei der Entwicklung und Ausgestaltung einer aktiven Bürgergesellschaft an.**

II.

Bürgergesellschaft und Sport

von Michael Barthel und Manfred Spangenberg

In wenigen gesellschaftlichen Bereichen liegen öffentliche Wahrnehmung und Realität so weit auseinander wie im Sport. Im Fokus der Öffentlichkeit stehen zumeist nur einige (telegene bzw. telegen produzierte) Sportarten mit ihren Spitzenleistungen, vor allem aber auch der hochkommerzialisierte und bisweilen skandalisierte Teil des Sports.

Die Realität der über 90.000 Vereine mit ihren 27 Millionen Mitgliedschaften sieht indes völlig anders aus. Hier wird das Sporttreiben von Millionen Menschen ehrenamtlich, das heißt freiwillig und zum größten Teil unentgeltlich organisiert, mit hohem Engagement und viel persönlichem Einsatz.

Diese Selbstorganisation und Ehrenamtlichkeit sind im Gegensatz zu manchen anderen gesellschaftlichen Bereichen konstitutive Elemente des Sports in Deutschland. Ohne das freiwillige Engagement von mehreren Millionen Menschen würde es den Sport, auch den Spitzensport, in Deutschland in seiner Vielfalt und mit seinen Leistungen und Erscheinungsformen nicht geben.

Der organisierte Sport war immer aktiver Teil der Gesellschaft

Der Sport war in seiner historischen Entwicklung immer eng mit den Entwicklungen des Gemeinwesens verbunden. In allen Zeiten wurden die freiwilligen Organisationen des Sports durch die gesellschaftlichen Verhältnisse maßgeblich geprägt. Sie nahmen soziale, gesellschaftliche, politische und religiöse Bewegungen – neben

ihrer Zielsetzung als Sportorganisation – auf und trugen diese Erfahrungen weiter.

Das freiwillige Engagement gründet auf den gemeinsamen Interessen von Bürgerinnen und Bürgern, ihre eigenen sportlichen Aktivitäten gemeinsam zu organisieren und durchzuführen. Über 4 Millionen Menschen im verbandlich organisierten Sport schaffen durch ihr freiwilliges Engagement die Grundlage für die Selbstverwaltung des Sports in Deutschland.

Betrachtet man die Strukturen und die Arbeit des organisierten Sports in Deutschland, so wird man mit Erstaunen feststellen, dass hier seit langer Zeit, wenn auch meist unbewusst, bürgerschaftliches Engagement praktiziert und Bürgergesellschaft entwickelt wird. Hier organisieren Menschen ihr Sporttreiben selbst und unter großem Einsatz von freiwilligem, ehrenamtlichem Engagement. Darüber hinaus entstehen und bestehen in den Vereinen Netze der sozialen Kommunikation, die auf das Zusammenleben in der Nachbarschaft und in der Kommune wirken.

Über das gemeinsame Sporttreiben bilden sich soziale Kontakte, findet Nachbarschaftshilfe statt und bei Kindern und Jugendlichen trägt der Sport Wesentliches zur sozialen Stabilisierung und zur Persönlichkeitsentwicklung bei. In seinem Wirken kann der Sport wichtige Normen und Werte im Zusammenleben der Menschen wie Fairness, Toleranz und Rücksichtnahme, Teamgeist und Leistungswillen u.a. praktizieren und vermitteln.

Engagementförderungen im organisierten Sport

Der Deutsche Sportbund hat seit seiner Gründung (1950) seine Bemühungen an der Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeit ausgerichtet. Zahlreiche Mitgliederversammlungen des DSB (Bundestage) wurden unter dem Motto der Ehrenamtsförderung durchgeführt (z. B. 1978 in München: „Vereint für die Vereine“, 1980 in Bremen: „Die politische Mitverantwortung des Sports“, 1982 in Düsseldorf mit der Resolution: „Das Ehrenamt im Sport“).

Zahlreiche Mitgliedsorganisationen und Sportjugenden der Mitgliedsorganisationen des DSB haben Ehrenamtskampagnen und Maßnahmen zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements verwirklicht. Einige Landessportbünde haben ein Jahr des Ehrenamts durchgeführt (z.B. Landessportbund Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen 1993, der Bayerische Landes-Sportverband 1994). Der Landessportverband für das Saarland führt seit 1993 jährlich wiederkehrende Maßnahmen zur Ehrenamtsförderung durch. Die Sportjugend Berlin gab 1995 eine Zeitschrift „Team“ für Ehrenamtliche im Sport heraus.

Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung hatte der DSB 1995 zu einer Anhörung zahlreicher gesellschaftlicher Institutionen und Verbände aufgerufen. Das Ziel dieser Sammlungsbewegung war es, dass Gemeinsinn und freiwilliges Engagement wieder einen höheren Rang in unserer Werteordnung erhalten sollten. Es sollte ein Prozess in Gang gesetzt werden, der zu mehr Sympathie, einem besseren Image und zu einer wachsenden Anerkennung des Ehrenamts führen sollte. Experten aus den Bereichen der Erziehung, der Wirtschaft, der Medien und der Politik äußerten sich zu den Chancen und Möglichkeiten der Verbesserung der Rah-

menbedingungen für ein ehrenamtliches Engagement in allen Bereichen der Gesellschaft.

34 an der Anhörung teilnehmende Verbände und Institutionen haben die „Berliner Resolution zum Ehrenamt“ unterzeichnet. Unter der Prämisse, dass ehrenamtliche Mitarbeit in unserer Gesellschaft unverzichtbar ist, aber auch durch aktuelle Entwicklungen in der Arbeits- und Freizeitwelt zunehmend bedroht ist, wurden Bekenntnisse zur Förderung des Ehrenamts abgelegt (s. Berliner Resolution zum Ehrenamt, 06.11.1995).

Begleitet wurden diese Maßnahmen des organisierten Sports durch unterstützende Erklärungen von Kultus- und Sportministerien der Länder (z. B. gemeinsame Erklärung des KM NRW mit dem LSB NRW „Das Ehrenamt im Sport“, Juli 1994) oder die Sportministerkonferenz mit der Erklärung „Ehrenamt im Sport“ am 11./12.01.1995 in Berlin.

Seit Mitte der 90er Jahre ist auch ein größeres wissenschaftliches Interesse an der genaueren Untersuchung der Zugangswege, dem Engagementverhalten und an zahlreichen anderen qualitativen und quantitativen Aspekten des freiwilligen Engagements im Sport zu beobachten (s. Winkler 1988, Wagner 1990, Jütting 1991, Rittner 1993, Wadsack 1996).

Der DSB hat diese Bewegung zur Ehrenamtsförderung in zahlreichen Gesprächen mit Vertretern der Politik und der Medien aktiv befördert. Er hat sich an Stellungnahmen bei Anfragen an die Bundesregierung zur Situation der „Ehrenamtlichen Mitarbeit in Deutschland“ beteiligt.

Als Konsequenz dieser Entwicklung hat der Bundestag des DSB (1998 in Baden-Baden) eine Änderung der DSB-Satzung beschlossen und dem Bundesvorstand Breitensport als verbindliche Aufgabe zugewiesen, die „Zukunftsaufga-

ben des Sports in den Bereichen Vereinsentwicklung und Förderung des Ehrenamts zu erarbeiten“ (s. § 17, Ziff. 1). Breit angelegte Kampagnen mit umfangreicher medialer Unterstützung folgten im Rahmen der Vereinskampagne „Sportvereine. Für alle ein Gewinn“ (1996) oder „Danke, den Ehrenamtlichen“ (1998).

Die Bemühungen des DSB zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements wurden in den Folgejahren konsequent fortgeführt. Im Rahmen des DSB-Bundestages 2000 in Hannover wurde erstmals der DSB-Preis „Pro Ehrenamt“ verliehen. Durch ihn werden Menschen aus den Bereichen „Politik“, „Wirtschaft“ und „Medien“ ausgezeichnet, die sich in besonderer Weise für die Verbesserung der Rahmenbedingungen der ehrenamtlichen Mitarbeit eingesetzt haben. Durch ein im Jahr 2000 eingerichtetes Internetportal www.ehrenamt-im-sport.de bietet der DSB für die in den Vereinen und Verbänden Engagierten zahlreiche Informationen zur Unterstützung und Erleichterung der täglichen Arbeit an. Mit der Kampagne „Sport tut Deutschland gut“ wird diese Engagementförderung mit großer medialer Wirkung fortgeführt.

Aktuelle Anstöße für den Sport

Das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001, die Arbeit der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ in der 14. Wahlperiode und das aus der Beteiligung vieler Organisationen, Gruppen und Initiativen an der Arbeit der Enquetekommission hervorgegangene Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) haben die Bedeutung der Ehrenamtlichkeit in der politischen Öffentlichkeit sichtbar gemacht und zugleich viele Anstöße zu seiner Weiterentwicklung gegeben. Es hat sich in der Folge ein Diskurs entwickelt, der sich um die Idee des bürgerschaftlichen Engagements und um das Leit-

bild der Bürgergesellschaft bzw. der Zivilgesellschaft drehte und der nicht zuletzt im organisierten Sport in Deutschland einen intensiven Diskussions- und Veränderungsprozess ausgelöst hat.

Bürgergesellschaft meint das durch Selbstorganisation und freiwilliges Engagement der Bürgerinnen und Bürger entstehende Netzwerk, das die institutionellen Strukturen und Maßnahmen des Staates bzw. der Gesellschaft ergänzt oder auch ersetzt. Bürgergesellschaft bedeutet zugleich die breite und aktive Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Ausgestaltung des Zusammenlebens, die Mitwirkung im gesellschaftlichen und politischen Bereich und die Übernahme von Verantwortung in der Gemeinschaft.

Bürgerschaftliches Engagement bedeutet in diesem Zusammenhang das freiwillige, ehrenamtliche Wirken, das über seinen eigentlichen Zweck hinaus für das Zusammenleben der Menschen in der Gemeinschaft Wirkungen erzielt und Leistungen erbringt. Es ist insofern eine Weiterentwicklung des Ehrenamtlichen Engagements in das gesellschaftliche Leben hinein.

Besonders in vielen Kommunen sind die Sportvereine zusammen mit kulturellen Vereinigungen und Gruppen aus dem kirchlichen Bereich wichtige Akteure – oder anders formuliert: Netzknoten – im Zusammenleben der Menschen. Hier bildet sich der *Kitt der Gesellschaft*.

Aus der Selbstorganisation des Sports und aus seiner Arbeit heraus erbringt der Sport viele Leistungen für die Gemeinschaft, Beiträge zu Nachbarschaftshilfen und zur sozialen Kommunikation und Interaktion in der örtlichen Gemeinschaft und er übernimmt dort Verantwortung im Zusammenleben der Menschen. Es entsteht sozusagen ein nicht unwichtiger „Mehrwert“ für die Gesellschaft.

Aufbruch des verbandlichen Sports in die Bürgergesellschaft

Mit der Arbeit an einem Leitbild des deutschen Sports, das vom Bundestag des Deutschen Sportbundes im Dezember 2000 beschlossen wurde, der Beteiligung am Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 und insbesondere durch die Einbindung in die Arbeit der Enquetekommission des Deutschen Bundestages hat im deutschen Sport eine intensive Beschäftigung mit Fragen der Bürgergesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements eingesetzt.

In seinem Leitbild bekennt sich der DSB dazu, dass er in der Gesellschaft „noch stärker Verantwortung übernehmen und seine Kompetenz und Leistungen einbringen wird“. Und er nennt die „Förderung der aktiven Bürgergesellschaft mit gleichberechtigter Teilnahme von Männern und Frauen“ als einen Schwerpunkt seiner künftigen Arbeit.

In einer „Potsdamer Erklärung“ der Ständigen Konferenzen der Landessportbünde und der Spitzenverbände vom April 2002 wird u.a. festgestellt: „Die Sportorganisationen sehen sich als wichtiger Akteur in einer künftigen Bürgergesellschaft, die stärker als bisher vom freiwilligen Engagement getragen werden wird.“

Beim Kongress des DSB „Sport gestaltet Zukunft“ im Dezember 2002 waren Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement Schwerpunkte der Diskussionen. Der Präsident des DSB, Manfred von Richthofen, führte dazu aus: „Die Bedeutung der gemeinnützigen Sportbewegung, der gemeinwohlorientierten Organisationen insgesamt, wird in der Zivilgesellschaft von morgen und übermorgen zunehmen. Es hängt von uns selbst ab, ob wir diesem Bedeutungszuwachs gerecht werden. **Die Repräsentanten des Sports und seiner Vereine und Verbände sind somit nicht mehr nur Lobbyisten in eigener Sache.**

Sie werden zunehmend auch Verteidiger und Motor der aktiven Bürgergesellschaft.“

Einen entscheidenden Impuls erhielt die Diskussion im Sport schließlich durch die Einsetzung einer **Präsidialkommission des DSB „Bürgerschaftliches Engagement im Sport“** im Oktober 2002, die für den Hauptausschuss des DSB im Dezember 2003 **Empfehlungen zur „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im und durch Sport“** erarbeitet hatte und die dort einstimmig beschlossen wurden. Dort wird festgestellt:

„Unsere Gesellschaft befindet sich in einer Fortentwicklung und in einem Wandel. Auf der einen Seite ist der Staat an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit angelangt, auf der anderen Seiten wollen Bürgerinnen und Bürger ihre Lebenszusammenhänge selbst gestalten und in der Gesellschaft stärker beteiligt werden. Dies wird zu einem veränderten Verhältnis von Bürgern und Staat führen. Künftig wird sich die Gesellschaft stärker auf das Engagement und die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern und ihrer freiwilligen Zusammenschlüsse stützen, die Politik wird die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Gestaltung des Zusammenlebens einbeziehen müssen. Die Entwicklung wird hin zu einer Bürgergesellschaft gehen. Dies hat auch die Arbeit der Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages deutlich gemacht.

Der organisierte Sport mit seinen Strukturen und seiner Arbeit wird hierbei ein wichtiger Akteur sein. In seinem am 09.12.2000 beschlossenen Leitbild bekennt sich der deutsche Sport ausdrücklich dazu. Dadurch entfaltet sich über ehrenamtliche Mitwirkung hinaus immer stärker bürgerschaftliches Engagement im Sport.

In einer sich entwickelnden Bürgergesellschaft kann und will der Sport in noch größerem Umfang Verantwortung für die Gemeinschaft über-

nehmen. Er wird Kinder und Jugendliche in ihrer sozialen Entwicklung unterstützen, er wird beim Einüben von demokratischen Tugenden und Verhaltensweisen, bei der Integration von Minderheiten, der Förderung des Gesundheits- und Körperbewusstseins mitwirken und er wird wichtige Beiträge zum Zusammenhalt der Menschen in den örtlichen Gemeinschaften leisten.

Der Sport wird sich dabei stärker mit anderen Gruppen und Organisationen des bürgerschaftlichen Engagements (wie Kirchengemeinden, Kulturorganisationen, Organisationen im Bereich der sozialen Dienste, Umweltgruppen u.a.m.) austauschen, mit ihnen zusammenarbeiten und vernetzen.

Die Wahrnehmung von Aufgaben in der Gesellschaft wird von den Vertretern des Sports künftig noch eine größere Politikfähigkeit erfordern. Der Sport wird sich gezielt und kompetent in die Belange des Zusammenlebens auf kommunaler Ebene, aber auch auf gesamtstaatlicher Ebene einmischen.“

Notwendige Veränderungen im Sport

Diesen Zielsetzungen und Ansprüchen wird der Sport aber nur dann gerecht werden können, wenn er sich seiner Potenziale, aber auch seiner Defizite und der notwendigen Veränderungen bewusst wird. Deshalb muss er „*seine Zielsetzung, Strukturen und Arbeitsweisen so gestalten, dass sich bürgerschaftliches Engagement noch besser entwickeln kann. Alle Verantwortlichen in Vereinen und Verbänden müssen sich bewusst werden, dass sie nicht nur Anbieter von Sport, sondern auch von bürgerschaftlichem Engagement sind.* Es liegt an der Wahrnehmung der Verantwortung von Führungskräften, durch geeignete Maßnahmen das Bewusstsein für Aufgaben im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements zu übernehmen.

Das Ehrenamt als Element der Kontinuität ist unverzichtbar. Neue projektbezogene Formen und Mitwirkungsmöglichkeiten auf Zeit kommen hinzu. Pro-

jektbezogene Arbeit, insbesondere für junge Menschen, aber auch zunehmend für Erwachsene kann diese an die Vereinsarbeit heranführen und ist häufig der Beginn, formale Verantwortung zu übernehmen.

Bei der Gestaltung von Form und Inhalt der Mitwirkung sollten die heute veränderten Motivlagen berücksichtigt werden. Neben altruistischen Motiven spielen heute gestaltungs- und gemeinschaftsbezogene Motive eine größere Rolle. Die Menschen möchten aber auch stärker ihren persönlichen Nutzen des Engagements erkennen. Bürgerschaftliches Engagement ist immer auch mit einem persönlichen Mehrwert verbunden. Es ist ein Gewinn, sich zu engagieren und Ehrenämter zu übernehmen.

Dieser Gewinn kann in persönlicher Zufriedenheit, in mehr sozialen Kontakten oder im Erwerb von Schlüsselqualifikationen liegen. Um langfristig das Potenzial an Engagierten zu erhalten, sind Strategien für die Gewinnung und die dauerhafte Bindung an den Verein zu entwickeln...“

Besonders wichtige Zielgruppen werden dabei junge Menschen und Frauen sein.

Die in den „Empfehlungen“ konzipierten Veränderungen werden kein Selbstlauf sein, sie werden Aktivitäten und Veränderungen von allen Ebenen des organisierten Sports erfordern, von den Vereinen, den Stadt- und Kreissportbünden bis zu den Spitzenverbänden, den Landessportbünden und dem DSB. Deshalb kommt es darauf an, „auf den verschiedenen Ebenen des organisierten Sports Maßnahmen zu ergreifen und Strukturen zu schaffen, die es möglich machen, bürgerschaftliches Engagement effizient zu fördern und zu entwickeln.

Die Sportorganisationen sind aufgefordert, vor diesem Hintergrund jeweils eigene Maßnahmen zu konzipieren und umzusetzen. Schwerpunkte sollten hierbei sein:

- Eine umfassende Strategie zur Personalentwicklung, die die Förderung der fachlichen und persönlichen Kompetenzen der Engagierten zum Ziel hat.
- Die Entwicklung eines Konzepts zur Organisationsentwicklung von Sportvereinen und -verbänden unter dem Aspekt der verbesserten Engagementmöglichkeiten.
- Die Entwicklung und Förderung von Politikfähigkeit der ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen von der Vereins- bis zur Verbandsebene. Dazu gehört auch ein Erfahrungsaustausch über Mitwirkung und Einflussnahme des Sports in der Politik.
- Eine wissenschaftliche Untersuchung und Begleitung der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements im Sport und Darstellung von erfolgreichen Modellen.
- Mitwirkung und Kooperationen bei der Weiterentwicklung staatlicher Förderprogramme für Freiwilligendienste.
- Aktive Mitwirkung bei Netzerkennungen, von lokalen bis zu Bundesnetzwerken, dabei enge Zusammenarbeit und intensiver Erfahrungsaustausch mit anderen Akteuren des bürgerschaftlichen Engagements.
- Die Entwicklung soll im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit dargestellt werden und in die Kampagnen des DSB eingebunden werden.“

Für den Deutschen Sportbund und seine Mitgliedsorganisationen, die Landessportbünde, die Verbände und die vielen Vereine entwickelt sich eine neue Dimension des Wirkens, er wird als größte Personenvereinigung in Deutschland bei der Entwicklung einer Bürgergesellschaft eine wichtige Rolle zu spielen haben, durch enge Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Gruppen und durch Weiterentwicklung seiner Arbeit und Qualifizierung seiner haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf allen Ebenen.

Ein Teil ist bereits auf den Weg gebracht, so arbeiten der DSB und die Deutsche Sportjugend im „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ (BBE) im Koordinierungsausschuss und in fast allen Projektgruppen des BBE mit, auch auf lokaler und regionaler Ebene intensiviert sich die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren bürgerschaftlichen Engagements.

Für die Konzipierung, Abstimmung und Koordinierung der Maßnahmen zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements im Sport wird vom Präsidium des DSB eine Steuerungsgruppe eingesetzt. Sie entwickelt eine konkrete Planung und berichtet dem Präsidium des DSB und den Mitgliedsorganisationen in regelmäßigen Abständen über den Stand und den Erfolg bei der Umsetzung der Maßnahmen.

Der Schwerpunkt wird in der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements im Sport bei der Personal- und Organisationsentwicklung liegen. Das bedeutet Qualifizierung der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder, Übungs- und Jugendleiter und Helfer, aber auch der haupt- (und neben-)amtlichen Kräfte, denn es wird ein neues Miteinander von Haupt- und Ehrenamt im Sport notwendig sein; die Hauptamtlichen werden z.B. stärker Kontinuität der Arbeit gewährleisten, aber zugleich auch mehr Raum und Gelegenheit für zeitlich befristetes und projektbezogenes Engagement bieten müssen.

Der Sport wird politikfähiger werden

Die Organisationen, die Abteilungen, die Vereine und die Verbände werden sich auf neue Engagementformen einstellen müssen, die neben den nach innen gerichteten Aktivitäten künftig stärker eine Außenorientierung in die Bürgergesellschaft erfahren. **Die Gewinnung und Einbindung von neuen Freiwilligen, insbesondere von jungen Menschen, von Frauen und von**

Älteren, die aus dem Berufsleben ausscheiden, wird eine wichtige Aufgabe werden. Und ebenso wird man das Loslassen lernen müssen, denn die Befürchtung, aus einer Aufgabe nicht mehr entlassen zu werden, schreckt viele davon ab sich zu engagieren. Die Organisationen werden sich noch stärker nach außen öffnen müssen, in die Kommune und zu anderen Organisationen und Gruppen.

Der Sport und seine Akteure werden politikfähiger, um die eigenen Interessen besser zu vertreten und um das lokale Zusammenleben mitzugestalten. Der Sport hat in seiner Entwicklung nach 1950 parteipolitische und weltanschauliche Neutralität, die eine Voraussetzung für die Einheitssportbewegung war, häufig als unpolitisches Verhalten missverstanden. Aber da, wo sportliche Belange in der Kommune berührt werden, ist der Sport gefragt. Und da, wo sich aus seinem Wirken Berührungspunkte in die Gesellschaft ergeben, muss er sich einmischen – in Fragen der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, der Integration von Minderheiten, in der Gesundheitspolitik, in der Raumplanung, bei sozialen Projekten.

Mit anderen Akteuren des bürgerschaftlichen Engagements auf lokaler Ebene, mit Vereinen im kulturellen und im sozialen Sektor, mit Kirchengemeinden, mit Initiativen und Selbsthilfegruppen wird man enger zusammenarbeiten und sich vernetzen und so Bürgergesellschaft praktizieren. Die Felder sind vielfältig, ob Quartiersmanagement oder Gemeindefeste, ob Ganztagschule oder Integrationsprojekte, ob Prozesse der Gemeindeentwicklungsplanung oder Präventionsräte, um nur einige Beispiele zu nennen. Auf Landes- und Bundesebene wird dies seine Entsprechungen finden, so wie derzeit das Zusammenwirken im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Der Prozess zu verstärktem bürgerschaftlichem Engagement im und durch Sport und zur Entwicklung von Bürgergesellschaft wird bei der großen Zahl von Vereinen und der Vielfalt der Sportarten und der regionalen Traditionen natürlich sehr unterschiedlich und in unterschiedlicher Intensität verlaufen. Letztendlich soll die Entwicklung aber den Fußballverein in Vorpommern genauso erfassen wie den Turnverein in Baden oder die Triathleten im Emsland.

Auf die neu eingerichtete Steuerungsgruppe des DSB kommt eine innovative Aufgabe zu. Sie wird helfen, das geforderte Selbstbewusstsein zu neuen, noch einzuübenden Formen des bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln. Die handelnden Akteure sollten in der Vereinspraxis zu größerer Kompetenz und mehr Selbstbewusstsein beim bürgerschaftlichen Engagement geführt werden. Die Steuerungsgruppe wird dabei Schwerpunkte setzen und mit in der Fläche wirksamen Maßnahmen und mit Beharrlichkeit die Politikfähigkeit der handelnden Akteure unterstützen und weiterentwickeln. Die Träger von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen des Sports (Ausbildungseinrichtungen der Mitgliedsorganisationen des DSB, Bildungswerke, Akademien) werden durch ihre Arbeit diese Veränderungsprozesse voranbringen.

Unterstützung benötigt der Sport dabei in erheblichem Maße durch die Wissenschaft. Der Zweite Freiwilligen survey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend liefert empirische Kenntnisse über die vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements. Ebenso sind Vorarbeiten zur Entwicklung einer kontinuierlichen Sozialberichterstattung im Sport abgeschlossen. **Vor allem zu den Rahmenbedingungen und Zugängen zum Engagement und zu engagementfördernden Faktoren ist noch ein enormer Forschungsbedarf erkennbar. Von**

daher wäre es zu begrüßen, wenn weitere Forschungsvorhaben in diesem Feld durchgeführt und koordiniert werden könnten. Die Übertragung dieser Erkenntnisse in die Fort- und Weiterbildung bedarf ebenso der wissenschaftlichen Unterstützung wie die wissenschaftliche Begleitung dieses Veränderungsprozesses selbst.

Der organisierte Sport in Deutschland hat sich, angestoßen durch die Politik, aufgemacht auf den Weg in eine künftige Bürgergesellschaft und das mit einer Dynamik, die noch in den Diskussionen der Enquetekommission von vielen angezweifelt wurde, als man den „Großorganisationen“ die Fähigkeit zur Veränderung absprechen wollte und viele Mitglieder der Kommission einseitig auf kleine Initiativen und auf das „neue Ehrenamt“ setzten.

Die Politik scheint das Interesse an der Bürgergesellschaft verloren zu haben

Heute stellt es sich eher so dar, als ob die Politik ihre Dynamik und das Interesse an dem Thema verloren hat, und es scheint, dass die Etatisten in allen Parteien wieder die Oberhand gewonnen haben – jene, die glauben, dass letztlich nur ein starker Staat, wenn er denn die richtige politische Ausrichtung hat, das Glück der Menschen gewährleisten kann.

Weder Agenda 2010 noch Gesundheitsreform lassen erkennen, dass man es mit dem aktivierenden Staat und mit der Bürgergesellschaft ernst meint. Und auch die im Bericht der Enquetekommission aufgezeigten Lösungen für bessere Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement werden in einem Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages nur kleinteilig und eher zögerlich angegangen.

In der Haushaltspolitik von Bund, Ländern und besonders in Kommunen sind häufig gerade Träger und Maßnahmen des bürgerschaftlichen Engagements – ob im Sozialen, in der Kultur oder im Sport – die ersten, die Kürzungen erfahren, handelt es sich hier doch meist um so genannte freiwillige Aufgaben.

Die Politik muss sich fragen lassen, ob sie es wirklich ernst meint mit der Förderung der Bürgergesellschaft und mit dem Leitbild des aktivierenden Staates. Und sie wird sich dann ebenfalls einem umfassenden Veränderungsprozess unterziehen müssen. Gesetzliche und administrative Rahmensetzungen sollten überprüft werden, ob sie freiwilliges bürgerschaftliches Engagement behindern oder befördern („Engagement-Verträglichkeits-Prüfung“). Die Enquetekommission des Deutschen Bundestages hat in ihrem Abschlussbericht einen umfangreichen Katalog von fast 200 Handlungsempfehlungen und Entwicklungsperspektiven erstellt zur Entbürokratisierung, zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zum Schutz **bürgerlich Engagierter, ihre Realisierung kann nicht allein die Aufgabe dieses einen Unterausschusses sein.**

Die Haushaltspolitik von Bund, Ländern und Kommunen muss unter dem Leitbild der Bürgerkommune kritisch überprüft und umgesteuert werden. Wenn man die Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte kritisch bewertet und die Verwaltungsausgaben (Personal- und Sachkosten, Investitionen für Verwaltung, Betreuung), die Transferleistungen (Sozialhilfe, Wohngeld usw.), die Investitionen in Infrastruktur und die Ausgaben zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement (Zuwendungen, Steuererleichterungen) einander gegenüberstellt und in ihrer Wirksamkeit vergleicht, wird man wohl feststellen, dass die Unterstützung von frei-

willigem bürgerschaftlichen Engagement viel mehr an Leistungen für die Gemeinschaft bewirkt als Finanzleistungen im Verwaltungshaushalt oder gar Transferleistungen. Das Postulat des aktivierenden Staates erhält dadurch eine neue haushaltspolitische Dimension. Leider scheint jedoch das Gegenteil zu passieren. Da werden Zuwendungen als Subventionen betrachtet und im Bundeshaushalt dem rigiden Kürzungsmechanismus des Koch-Steinbrück-Papiers („Subventionsabbau im Konsens“) unterworfen.

Das gesamte Verwaltungshandeln wird man einer ständigen „Engagement-Verträglichkeits-Prüfung“ unterziehen müssen. In einer Reihe von Kommunen gibt es dazu ermutigende Ansätze, mit Koordinierungsstellen oder Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement, zum Teil mit eigenem Budget, mit Beratungsstellen u.Ä. und mit einer Verwaltung, die wie selbstverständlich Vereine, Gruppen und Initiativen in ihrer Arbeit unterstützt. In den meisten Kommunen ist jedoch nicht einmal die im Prozess der Verwaltungsmodernisierung postulierte „Dienstleistungskommune“ angekommen, gar nicht zu reden von der „Bürgerkommune“.

Dabei könnten gerade die Kommunen ihre vielfältigen Ressourcen dem Bürgerschaftlichen Engagement nutzbar machen, z.B. Räume in Dienstgebäuden, in Schulen, Seniorenfreizeitstätten usw. und Beratung und Unterstützung durch Fachleute in den Verwaltungsressorts, aber auch in Institutionen der kommunalen Weiterbildung. Und sie könnten bei der Zusammenarbeit und Vernetzung der unterschiedlichen Initiativen und Gruppen in der Kommune helfen, denn **die Bürgergesellschaft hat in der Kommune ihre lokale Verankerung und Ausprägung.** Hier entwickeln sich Strukturen und Aktionen, Werte und Normen, die die Grundlagen einer Bürgergesellschaft sind.

Neue gesellschaftliche Partnerschaft

Das bedeutet auch, dass die Kommunalpolitik ihr Verhältnis zu Gruppen und Organisationen, die mit ihrem freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement in der Kommune wirken, neu bestimmen muss.

Diese sind nicht mehr bloße Zuwendungsempfänger oder gar Bittsteller, sondern sollten Partner bei der Gestaltung des Zusammenlebens in der örtlichen Gemeinschaft werden. Diese Partnerschaft bedeutet, dass man sich über Probleme des Zusammenlebens in der Kommune, über Entwicklungen und über Ziele austauscht und zum gemeinsamen Handeln verabredet. Die Kommunalpolitik wird sich deshalb für bürgerschaftliches Engagement öffnen und neue Formen der Beteiligung und Mitwirkung entwickeln und anbieten müssen.

Aber nicht nur die Kommunen und die Kommunalpolitik müssen sich verändern, auch die Länder und die Bundespolitik müssen ihre Politik kritisch überprüfen und insbesondere die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern. Das muss nur in wenigen Fällen zu Belastungen in den sowieso überstrapazierten Haushalten führen, häufiger sind es gesetzliche Regelungen, die angepasst werden müssen oder Verwaltungspraktiken, die verändert werden müssen. **Politik und Verwaltung können sich als Förderer und als Partner bürgerschaftlichen Engagements erweisen, Bürgergesellschaft muss als Leitbild für gesellschaftliche Veränderungen erkennbar werden. In dieser neuen Partnerschaft wird auch der Sport seine Offenheit und Politikfähigkeit beweisen müssen.**

Der Sport wird dabei seine Autonomie nicht verlieren. Seine eigenen Belange wird er nach wie vor selbst regeln und er wird auch die Art

und das Maß der Mitwirkung in der örtlichen Gemeinschaft selbst bestimmen. **Der Sport ist jedoch aufgerufen, seiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden und das bürgerschaftliche Engagement im und durch Sport in dem jetzt eingeschlagenen Tempo weiterzuentwickeln. Er wird dadurch zu einem wichtigen und verlässlichen Partner auf dem Weg in eine künftige Bürgergesellschaft werden. Besser lässt sich die Gemeinnützigkeit des Sports und seine Gemeinwohlorientierung nicht untermauern.**

Zu den Autoren

Manfred von Richthofen ist Präsident des Deutschen Sportbundes.

Michael Barthel ist der Beauftragte des Deutschen Sportbundes am Sitz der Bundesregierung.

Manfred Spangenberg ist Ressortleiter Bildung beim Deutschen Sportbund, er gehörte der Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des 14. Deutschen Bundestages als Sachverständiger an.

Literatur

JÜTTING, Dieter H.: Zwischen Ehrenamtlichkeit und Professionalität. Zur MitarbeiterInnenfrage in Kirche und Sport. Materialien des Instituts für Sportkultur und Weiterbildung Nr. 5, Münster, 1992.

RITTNER, Volker: Sport und Gemeinnützigkeit. Wohin geht eine Gemeinschaft ohne Gemeinnützigkeit? Eine Analyse der Wertorientierung in unserer Gesellschaft. Vortrag. Schloss Eichholz, 14./15.10.1993.

WADSACK, Ronald: Ehrenamtliche Arbeit im Verein. Niedernhausen/ Ts., 1996

WAGNER, Stefan, u.a.: Der Vereinsmanager. Neue Methoden zur erfolgreichen Führung im Verein. Stadtbergen, 1990.

WINKLER, Joachim: Das Ehrenamt. Zur Soziologie ehrenamtlicher Tätigkeit, dargestellt am Beispiel der deutschen Sportverbände. Schorndorf, 1988.

Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Förderung der Bürgergesellschaft bleibt ein zentrales Thema der aktuellen Reformdebatte. Der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ ist in diesem Diskurs seit langem ein Forum, das reformpolitisch relevante Themenstellungen aufgreift, analysiert und in der politischen Debatte Stellung bezieht. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, ein Netzwerk für die politische Beratung institutioneller Reformpolitik aufzubauen und dessen Überlegungen der Politik vorzustellen. Der Arbeitskreis versteht sich insofern als kritischer Impulsgeber für die öffentliche Reformdebatte.

Anlass und Ausgangspunkt bildet das Interesse, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des darin liegenden Demokratisierungspotentials einerseits und die Staatsmodernisierung in Kategorien des aktivierenden Staates andererseits zusammenzubringen. Das Augenmerk des Arbeitskreises gilt in erster Linie der Stärkung der Bürgergesellschaft und entsprechender Partizipationschancen: Diese Perspektive bestimmt die zu formulierenden Modernisierungsanforderungen an staatliche Instanzen und Akteure.

Die persönlich eingeladenen Mitglieder des Arbeitskreises reflektieren den interdisziplinären Arbeitsansatz: Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen gewinnen können, ihre fachlichen und persönlichen Erfahrungen dem Arbeitskreis zur Verfügung zu stellen. Neben diesen ständigen Teilnehmern werden zu den jeweiligen Themen Einladungen an einen themenspezifisch kompetenten Adressatenkreis ausgesprochen.

In regelmäßigen Sitzungen diskutiert der Arbeitskreis Themen, die der praktischen Umsetzung bürgerschaftlichen Engagements sowie der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission des 14. Deutschen Bundestages zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ förderlich sind. Sie werden zudem auf Fachkonferenzen, öffentlichen Veranstaltungen oder über Analysen und Gutachten aufgegriffen und vom Arbeitskreis kritisch begleitet. Zugleich dient dieser Gesprächszusammenhang dem Informations- und Erfahrungsaustausch und der Vernetzung seiner Mitglieder und ihrer Praxisfelder.

Der Arbeitskreis wird geleitet von Dr. Michael Bürsch, MdB (Vorsitzender der Enquetekommission des 14. Deutschen Bundestages) und koordiniert von Albrecht Koschützke, Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ausführliche Informationen, Kontaktpersonen, Konzeptskizzen, Progress Reports, Ergebnisse der Plenardebatten und Sitzungen der Arbeitsgruppen sind auf den Internetseiten des Arbeitskreises dokumentiert. Die Publikationen sind abzurufen unter www.fes.de/buergergesellschaft - „Analysen“ - „Analysen des Arbeitskreises“ oder unter http://www.fes.de/library/ask_digbib.html.

Publikationen des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat

Analyse-Reihe „betrifft: Bürgergesellschaft“

- 14/ **Geschäftsstrategie Verantwortung – Corporate Citizenship als Business Case**, von Susanne Lang und Frank Solms Nebelung
- 13/ **Wer braucht eigentlich die Bürgergesellschaft? Und wen braucht sie?**, von Wolfgang Hinte
- 12/ **Der deutsche Weg zum bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen. Thesen zu Corporate Citizenship in Deutschland**, von Frank Heuberger, Maria Oppen, Sabine Reimer
- 11/ **(K)ein Pflichtjahr für junge Menschen? Zur Konjunktur eines Irrtums**, von Anton Schaaf, MdB, und Andrea Franz
- 10/ **Gemeinwohlorientierung als Bürgerpflicht – Das Engagement der Sparkassen für die Menschen und die Regionen**, von Dietrich H. Hoppenstedt
- 09/ **Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft**, von Michael Sommer
- 08/ **Bürgerengagement in der Aussiedler- und Integrationspolitik**, von Jochen Welt, MdB
- 07/ **Bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen – seit langem gepflegt, nötiger denn je**, von Michael Rogowski
- 06/ **Umriss einer neuen Sozialpolitik – Eigenverantwortung und Solidarität als Bildungsauftrag der Bürgergesellschaft und des Bürgerengagements**, von Konrad Hummel
- 05/ **Bürgerschaftliches Engagement in der europäischen Zivilgesellschaft**, von Wolfgang Thierse, MdB
- 04/ **Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen – Erfahrungen aus Ostdeutschland**, von Alexander Thumfart
- 03/ **Bürgerschaftliches Engagement unter den Bedingungen der Globalisierung**, von Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB
- 02/ **Bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit – Chancen und Handlungsmöglichkeiten**, von Achim Trube
- 01/ **Leitbild Bürgergesellschaft – reformpolitische Orientierungen für Staat und Gesellschaft**, von Michael Bürsch, MdB

Sonstige Publikationen des Arbeitskreises

- Going Gender für die BürgerInnengesellschaft: Gender Mainstreaming in zivilgesellschaftlichen Organisationen.* Marianne Weg, Bonn 2005, 92 Seiten
- Bürgerschaftliches Engagement: stabilisieren, stärken, steigern – Innovation und Investition in Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen.** Sabrina Born, Bonn 2005, 56 Seiten
- Netzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.** Roland Roth unter Mitarbeit von Anke Benack, Bonn 2003, 84 Seiten
- Der Aktivierende Staat – Positionen, Begriffe, Strategien.** Wolfram Lamping, Henning Schridde, Stefan Pläß, Bernhard Blanke, Bonn 2002, 44 Seiten
- Die Planungszelle – Zur Praxis der Bürgerbeteiligung. Demokratie funkelt wieder.** Peter C. Dienel, Bonn 2002, 20 Seiten
- Freiwilligendienste – Wege in die Zukunft. Gutachten zur Lage und Zukunft der Freiwilligendienste.** Thomas Rauschenbach, Reinhard Liebig, Bonn 2002, 88 Seiten
- Gender Perspektive, bürgerschaftliches Engagement und aktivierender Staat.** Barbara Stiegler, Bonn 2002, 12 Seiten
- Gewerkschaften und bürgerschaftliches Engagement in der Arbeitswelt.** Kurzanalyse von Josef Schmid unter Mitarbeit von Stephanie Schönstein, Bonn 2002, 28 Seiten
- Bürgerschaftliches Engagement und Gewerkschaften.** Kurzanalyse von Jürgen Wolf, Bonn 2002, 25 Seiten
- Bürgerkommune konkret – Vom Leitbild zur Umsetzung.** Ein Leitfaden für die kommunale Praxis von Jörg Bogumil/Lars Holtkamp, Bonn 2002, 44 Seiten